



Foto: Angie Ehinger

UNSERE BUNDESWEHR: SCHAUSPIEL, TRAGÖDIE, ODER DOCH NUR SATIRE?

Niemand kennt unsere Armee so ganz und vollständig von Nord bis Süd. Sie ist auch nach Jahrzehnten des Abbaus noch immer einer der größten Arbeitgeber in Deutschland mit zahlreichen Standorten. Vor allem aber befindet sie sich mit ihren militärischen Eigenheiten nach wie vor im Visier von Ideologen. Im Ergebnis werden immer wieder erstaunliche Pläne diskutiert und Entscheidungen getroffen, die nicht nur lebensälteren Soldaten gelegentlich die Haare zu Berge stehen lassen. Zwei Beispiele.

Eine neue Soldatenbraut

Medienberichten zufolge ist die Entscheidung über das neue Sturmgewehr der Bundeswehr gefallen. Es soll vom Thüringer Hersteller C. G. Haenel aus Suhl beschafft werden. Der Auftragswert für 120.000 neue Waffen dürfte bei etwa 250 Millionen Euro liegen. Dem jahrzehntelangen Haus- und Hoflieferanten Heckler & Koch (H&K) aus Oberndorf am Neckar wird demnach dieser prestigeträchtige Auftrag entgehen. Die zuständigen Bundestagsausschüsse wurden durch das Verteidigungsministerium informiert. Aber der Reihe nach. H&K belieferte seit den 1960er Jahren die Bundeswehr mit dem früheren Standardgewehr G3. Dessen Nachfolger war seit 1998 das G36. Das Oberndorfer Rüstungsunternehmen war mit dieser fortschrittlichen Waffe auch auf dem Weltmarkt erfolgreich. Ein leichtes und handliches Gewehr im Kaliber 5,56 mm, mit dem selbst Anfänger respektable Schießergebnisse erzielen. Auf einzelne Berichte hin, nach denen das G36 nach mehreren hundert Schuss (in Afghanistan!) zu heiß werde und darunter die Treffsicherheit leide, hatte die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen in eigener Machtvollkommenheit entschieden, das Gewehr zu ersetzen. Das mittlerweile angeschlagene Unternehmen H&K klagte beim Landgericht Koblenz gegen die Mängelvorwürfe und bekam im September 2016 recht. Das Gericht wies Forderungen des Ministeriums nach Ausgleichszahlungen zurück. Rein rechtlich gab es also am G36 nichts auszusetzen.

G36 mutwillig schlecht geredet

Auch Befragungen unter hunderten Einsatzsoldaten durch den früheren Wehrbeauftragten Hellmut Könighaus und den Verteidigungsexperten Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) förderten keine Mängel am G36-Einsatz zu Tage. Dass nach langen Schussfolgen unter großer Hitzeeinwirkung die Treffgenauigkeit leidet, ist der Physik geschuldet. Das Gewehr erfüllt jedenfalls die spezifischen Vorgaben gemäß Beschaffungsvertrag. Von den Soldaten wird die Waffe bis heute als sehr bedienungsfreundlich und zuverlässig geschätzt. Aber es half nichts, das G36 habe „keine Zukunft mehr“ so die Ministerin entgegen allen Fakten und Untersuchungsergebnissen. Die Entscheidung über ein Nachfolgemodell sollte im Zuge einer Ausschreibung bis Ende 2018 fallen.

Im Rennen waren von Anfang an H&K sowie C. G. Haenel. Die ersten Ausschreibungsergebnisse belegten, dass bis dahin kein Produkt das G36 deutlich übertreffen konnte, die eingereichten Waffen erfüllten nicht alle geforderten Kriterien. Das nunmehr ausgewählte Haenel-Sturmgewehr MK556 müsste mithin nennenswerte Vorteile aufweisen, andernfalls würde sich die Ersatzbeschaffung endgültig als Farce herausstellen. Es ist hier beileibe nicht die Absicht, dass Suhler Gewehr schlecht zu reden, es wird seine Qualitäten haben. Ob die Unterschiede es allerdings rechtfertigen, das bisherige Standardgewehr G36 für Hunderte Millionen zu ersetzen, ist eine berechnete Frage. H&K wird dem Vernehmen nach gegen die Vergabeentscheidung Einspruch einlegen. Man darf gespannt sein, wie die Gerichte entscheiden werden.

Nicht zuletzt ist aber auch die Frage zu stellen, wofür die Truppe eigentlich bei dieser eminent wichtigen Beschaffungsfrage plädiert. Auswahlentscheidungen in derartigen Konkurrenzsituationen werden üblicherweise nach einer vergleichenden Erprobung getroffen. Sind die Soldaten gar nicht gefragt worden, ist kein Truppenversuch mit den beiden Kandidaten durchgeführt worden? Durften abweichende Erprobungsergebnisse den politisch geprägten Auswahlprozess nicht stören? Was sagt eigentlich die Generalität dazu?

H&K in Schwierigkeiten

Bei den Oberndorfern leuchten spätestens seit der Berliner Entscheidung dunkelrote Warnlampen. Mit Finanzverpflichtungen etwa in Höhe eines Jahresumsatzes von 250 Millionen Euro ist Gefahr im Verzuge, obwohl das Unternehmen wieder schwarzen Zahlen schreiben soll. Bis 2002 war H&K Bestandteil des britischen Rüstungskonzerns BAE Systems. Seit Juli 2020 hat die Luxemburger Finanzholding CDE die Mehrheit. Bei H&K handelt es sich immerhin um ein Unternehmen mit rund 1.000 Arbeitsplätzen einschließlich derjenigen eines Montagewerkes in den USA. Exportrestriktionen tragen dazu bei, dass die in Deutschland erzielten Firmenerlöse zurückgehen und Auslandsstandorte stärker werden. So scheint es politischer Wille. Keine ganz neue Erkenntnis: Waffenhersteller haben es in unserer ach so friedfertigen und moraltüchtigen Republik nicht gerade einfach. Deutsche Waffenexporte unterliegen strengeren Regularien, als sie jedes andere, zur Herstellung moderner Rüstungsgüter fähige Land vorgibt. Insbesondere die Produzenten von Kleinwaffen können ein Lied davon singen. Dass mit der deutschen Selbstbeschränkung weltweit keine einzige Waffe weniger unterwegs ist, dafür sorgt die Konkurrenz. China beispielsweise exportiert inzwischen Waffen unterschiedlicher Kategorien in alle Welt aus schlichtem Geschäftsinteresse, nicht zuletzt auch mit dem Ziel der Schaffung von Abhängigkeiten. Wenn deutsche wehrtechnische Produkte zu allem Überfluss auch noch durch die eigene Regierung schlecht geredet werden, muss sich über die wirtschaftlichen Folgen

niemand wundern. Man darf für H&K nur hoffen, dass die Vorgehensweise des BMVg die Beschaffungsentscheidungen anderer (klügerer?) Nationen nicht beeinflusst. Die Streitkräfte Norwegens werden mit dem Sturmgewehr HK416 (auf Basis des G36) ausgestattet. Derzeit wird diese Waffe auch an die französische Armee ausgeliefert, etliche andere Staaten, beispielsweise im Baltikum, kaufen das G36 weiterhin.

Der Moralweltmeister bekämpft den Exportweltmeister

Die deutsche Politik arbeitet mit zunehmendem Erfolg daran, deutschen Rüstungsfirmen und Waffenproduzenten das Leben immer noch schwerer zu machen. Schilder bei Rüstungsmessen mit der Aufschrift „Frei von deutschen Teilen“ sollten ein Alarmsignal für den Exportweltmeister darstellen. Auch die ursprünglich seit 1840 in der industriellen Waffenfertigung tätige Suhler Firma C. G. Haenel ist vom Fluchtreflex deutscher Hersteller erfasst. Das heutige Unternehmen ist bereits Lieferant der Bundeswehr für ein Scharfschützengewehr, gehört jedoch über die Merkel Gruppe zu einer Tawazun Holding der Vereinigten Arabischen Emirate. Noch Fragen?

Frau Bootsfrau grüßt Frau Oberstleutnantin

Was war das nun wieder, was der Bundeswehr kurzfristig ein erhebliches Medienecho beschert hat? War der angebliche Plan zur Einführung verweiblichter Dienstgrade nur ein Sturm im Wasserglas, eine Posse am Ende des Sommerlochs, um unsere Armee in die Schlagzeilen zu bringen? Das immerhin ist gelungen.

Nach der „Welt“ vorliegenden Unterlagen auf Staatssekretärs-ebene aus dem BMVg sollten mit Ausnahme von Hauptfrau und Oberstin weibliche Dienstgradbezeichnungen in der Bundeswehr eingeführt werden. Ein gewaltiges Medienecho war die Folge. Auf nahezu allen Kanälen wimmelt es nur so von Gefreitin, Oberfeldwebelin und Generalin. Zahlreiche Kommentatoren – selbst der linke Deutschlandfunk zählte dazu – lehnten die Pläne überraschenderweise als überflüssig ab. Aber auch unerwartete Zustimmung beispielsweise von der weithin anerkannten Neuen Züricher Zeitung (NZZ) war für das Gendern von Dienstgraden zu verzeichnen. Frauen wären in der Bundeswehr trotz eines 12 Prozent-Anteils kaum sichtbar, was auch an der Sprache läge. Die Bundeswehr täte mit ihrem gravierenden Nachwuchsproblem gut daran, mehr Reformwillen zu zeigen, anstatt Frauen sprachlich zu ignorieren so die NZZ. Eine unbewiesene Behauptung, dass sich mit weiblichen Dienstgraden mehr Frauen rekrutieren ließen. Wer deswegen Soldat werden möchte, dürfte der Bundeswehr kaum weiterhelfen.

Breiter Widerstand

Aus der Politik waren überwiegend nachdenkliche Signale zu vernehmen. Von „ich glaube, dass die Bundeswehr andere Sorgen hat“ (FDP), über „AKK sollte die Soldatinnen befragen, welche Dienstgradbezeichnung sie zukünftig nutzen wollen“ (Grüne) bis zu ... das gehe „an der Truppe vorbei“ (CDU) reichten die Stellungnahmen.

Der Bundeswehrverband lehnte die Pläne rundweg ab. André Wüstner schickte der Ministerin eine ungewohnt deutliche Warnung: „Wer auch immer im Ministerium jetzt eine solche Genderdebatte lostritt, erweckt in der Truppe den Eindruck, endgültig jeglichen Bezug zu den von Mangelverwaltung geplagten Soldaten verloren zu haben.“ Er kenne auch kaum eine Soldatin, die die verweiblichten Ränge haben wolle. Bei früheren Befragungen hatte eine Mehrheit der Frauen in der Bundeswehr geschlechterspezifische Dienstgrade abgelehnt.

Genauso schnell, wie die Aufregung entstanden war, verschwand das Thema daraufhin wieder in der Versenkung. Die Proteste auch von zahlreichen Soldatinnen gegen erneute Sonderrollen für Frauen waren durchgedrungen. Der Plan ging an den Wünschen der Betroffenen offenkundig vollständig vorbei. Weibliche Titel würden zu einer Art Verniedlichung führen und die Gleichberechtigung eher konterkarieren so eine Befürchtung.

Absicht der Verteidigungsministerin

Man täusche sich aber nicht, die Entscheidung ist vorläufiger Natur. Nur einfältigen Journalisten ist weis zu machen, dass die zurückgezogenen Pläne der Ministerin nicht persönlich bekannt gewesen wären. Sollte ein Staatssekretär ein derart politisches Vorhaben hinter dem Rücken der Ministerin betreiben, hätte dieser sein Amt die längste Zeit ausgefüllt.

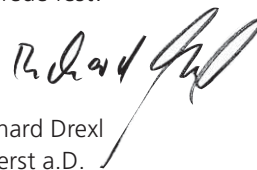
Im Übrigen greift in Deutschland der Gender-Wahn allorten um sich, er hat auch die Bundeswehr längst erreicht. Eine Formulierung aus dem neuen Traditionserlass als Beispiel: „Traditionspflege und historische Bildung ... liegen in der Verantwortung der Inspekture beziehungsweise Inspekturinnen und Leiter beziehungsweise Leiterinnen der Organisationsbereiche der Bundeswehr sowie insbesondere der Kommandeure beziehungsweise Kommandeurinnen, Dienststellenleiter beziehungsweise Dienststellenleiterinnen und Einheitsführer beziehungsweise Einheitsführerinnen.“ Ein aufgeblasener und nicht mehr lesbarer Formulierungsquark sucht seit längerem auch die Bundeswehr heim.

Die neuerlichen Pläne ließen gewiss das Herz der Gleichstellungsfanatiker höherschlagen, hat sich doch im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre eine Scheinwissenschaft breitgemacht, deren Vertreterinnen mit politischer Unterstützung ihre Tentakel in alle Lebensbereiche ausdehnen. Die Vergewaltigung unserer Sprache und des Militärischen mit skurrilen Wortgebilden ist die unverhohlene Absicht. Über 200 Gender-Lehrstühle an deutschen Hochschulen und Universitäten füttern mit pseudo-wissenschaftlichen Erkenntnissen die veröffentlichte Meinung.

Sprache prägt das Bewusstsein

Zweifellos ein richtiger Satz. Die Frage ist nur, welchen Schluss man daraus zieht. Die Briten kämen niemals auf die Idee, ihr höchstes Staatsamt „The Prime Minister“ in „The Prime Ministerin“ umzubenennen. Auf eine „Frau Bundeskanzlerin“ können nur die Deutschen kommen. Was wir derzeit erleben, ist ein typisch deutscher Furor, aus prinzipiellen Erwägungen heraus jahrhundertealte Prägungen und Entwicklungen über den Haufen zu werfen. Ergebnis der Verweiblichung der Dienstgrade wäre eine weitere Unübersichtlichkeit, ein weiterer Scheinfortschritt mit hohen Kosten, der Viele an unserem Gemeinwesen verzweifeln oder je nach Standpunkt sich die Bäuche vor lauter Lachen halten ließe. Dem Militär würden die verweiblichten Dienstgrade in den Augen des Normalbürgers immensen Schaden zufügen. Vielleicht ist aber auch das Kalkül? Dieser Kelch ist dank des vielfachen Widerstandes vorläufig an uns vorbei gegangen. Der letzte Versuch wird dies nicht gewesen sein. Das ist die nüchterne Erkenntnis in Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Schauspiel, Tragödie, oder doch nur Satire? Urteilen Sie selbst, liebe Leser!

In Treue fest!



Richard Drexl
Oberst a.D.